

Protokoll VI
der 4. Sitzung des 40. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg
am Mittwoch, den 26. Januar 2005
im HSG, Biegenstr.14, HS 7, 35037 Marburg.

Protokoll: Imke Dzewas

[Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit]

Die Sitzung ist öffentlich.

Anne Tittor, die **Präsidentin des 40. Studierendenparlaments** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 20:18.
Bei 33 anwesenden ParlamentarierInnen stellt sie die Beschlussfähigkeit fest.

[Vorläufige Tagesordnung:]

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 1.12.2004 und vom 15.12.2004
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AstA
4. "Ein Euro Jobs an der Uni"
5. Studentischer Wahlausschuss
6. Wahl einer/s studentischen VertreterIn im Studierendenwerksvorstand
7. Rechnungslegung des AstA
8. Verschiedenes

TOP 1 [Genehmigung der Protokolle]

Anne fragt, ob es Anmerkungen zu den Protokollen vom 1.12.2004 und vom 15.12.2004 gibt.

Protokoll 1.12.2004 (Haushaltssitzung)

ÄA1: Matthias Altfelder (Juso HSG) weist darauf hin, dass auf S.3 das Wort Semesterticket durch Semesterbeitrag ersetzt werden soll.

ÄA2: Andreas Müller (Fachkraft) regt an Namen, die häufiger im Protokoll vorkommen mit Nachnamen zu nennen, damit es nicht zu Verwechselungen komme.

ÄA3: Bianca Schickling (RCDS) weist darauf hin, dass Interpunktions- und Rechtschreibfehler in den Protokollen verbessert werden sollten bevor diese veröffentlicht werden.

Philipp Ostermann (LHG) bemerkt, dass auf S.7 die abgegebene Stimmenanzahl nicht mit der Anzahl der Anwesenden übereinstimmt.

Volker Ostermeyer (LHG) bemängelt, dass der Hinweis darauf, dass die Finanzreferentin des AstA den Haushaltsentwurf vorstellt und Nachfragen beantwortet nicht ausführlich genug sei.

Daraufhin erklärt **Anne**, dass weitestgehend die Debatten aus dem Haushaltsprotokoll weggelassen worden seien, da es eine Unmöglichkeit darstelle, diese in ihrer Genauigkeit über fünf Stunden mitzuprotokollieren. Deswegen sei das Protokoll als Ergebnisprotokoll verfasst worden.

Die 34. Parlamentriererin erscheint um 20:26 Uhr.

Protokoll 15.12.2005

ÄA 1: Christian Schlag (Fachkraft) korrigiert die Wiedergabe seines im Protokoll zitierten Redebeitrages auf S.6 folgendermaßen: Anstatt "**Christian** ist aber dennoch der Auffassung, dass man..." soll es heißen "**Christian** kann sich der Auffassung dennoch nicht anschließen, dass man..."

ÄA 2: Frank Hufnagl (RCDS) merkt auf S.6 an, dass sein Redebeitrag anders lauten solle. Statt "**Frank Hufnagl (RCDS)** lässt sich nicht vorwerfen einen Dialog zu führen, gerade weil der AStA nicht bereit für eine kritische Diskussion sei." "**Frank Hufnagl (RCDS)** widerspricht dem Vorwurf, dass ein kritischer Dialog mit der Landesregierung nicht möglich sei, denn gerade der AStA sei nicht zu einem kritischen Dialog fähig oder bereit."

ÄA 3: Ebenfalls auf S.6 möchte **Volker Ostermeyer** einen Satz eingefügt haben: "Er legte ihnen nahe in die CDU einzutreten."

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. Die Protokolle werden mit diesen Änderungen verabschiedet.

TOP 2 [Genehmigung der weiteren Tagesordnung]

Anne stellt die bisherige Tagesordnung vor und erklärt, dass zahlreiche weitere Tagesordnungspunkte beim Präsidium eingegangen sind. Aufgrund der Aktualität und Brisanz dieser Punkte schlägt sie vor die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

3. Bericht des AStA
4. Stellungnahme zu dem Bundesverfassungsurteil in Karlsruhe
5. Studentischer Wahlausschuss
6. Bericht: Aktuelles aus dem Studierendenwerk
7. Antrag zu Mittelkürzungen im Studierendenwerk
8. Wahl eines studentischen Vertreters im Studierendenwerksvorstand
9. Ein-Euro-Jobs an der Uni
10. Privatisierung der Unikliniken Marburg und Gießen
11. Rechnungslegung des AStA
12. Verschiedenes

Die neue Tagesordnung wird genehmigt.

Ada-Charlotte Regelman, die **Finanzreferentin des AStA**, beantragt die Rechnungslegung auf die nächste StuPa-Sitzung zu verschieben.

Anne sagt, dass dieses Vorgehen sinnvoll erscheine, da in der nächsten Stupa-Sitzung auch der Bericht des RPA gehalten werden würde und dies thematisch gut zusammen passe.

Es gibt keine Gegenrede, somit ist dieser Antrag angenommen.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Lena Behrendes, 1. AStA Vorsitzende hält den Bericht des AStA.

Zunächst dankt **Lena** der Jubiläumskommission für die Organisation der StuPa-Sitzung am letzten Sonntag und den ParlamentarierInnen für ihre Redebeiträge und die darauf folgende Diskussion. Außerdem bedankt sie sich bei dem Referat für Politische Bildung für die Anfertigung der Jubiläumsbroschüre.

Lena berichtet, dass es im AStA in den vergangenen Wochen einige personelle Veränderungen gegeben habe:

Das Sozialreferat habe **Anja Willmann** übernommen, das Kulturreferat sei besetzt mit **Sebastian Gliem** und **Tomislav Cagalj**, Druck und Härtefälle mache **Sebastian Heinisch** und **Ortrun Brand** unterstütze die HoPo-ReferentInnen.

Veranstaltungen hätten in den letzten Wochen die Referate Interkulturelle Konfliktbearbeitung, Kritische Wissenschaft, AntiFa/ AntiRa und Politische Bildung durchgeführt.

Im Vorfeld der Ersti-Party gebe es in diesem Jahr einen open music contest, bis Ende Februar können sich Bands, die ihre Musik unter einer freien Lizenz stehen

haben, bewerben; die Teilnahmebedingungen stehen auf der AStA-Homepage.

Lena sagt, dass am vergangenen Donnerstag Koch im Rahmen einer CDU-Wahlkampfveranstaltung mit dem Thema "Zukunft Hessens" in Marburg gewesen sei. Der AStA sei mit einem Infotisch vertreten gewesen. Etwa 60 Studierende seien dort anwesend gewesen und hätten zum Teil mit jungen Mitgliedern der CDU diskutiert.

Aktuell zur heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, mit der der Weg für Studiengebühren und für die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft frei gemacht wurde, habe der AStA in Marburg einen Infotisch in der Mensa aufgestellt und andere aktive Studierende informiert in und vor den Hörsälen über das Urteil und mobilisierten für die Demonstration in Mannheim am 3.2.

In Wiesbaden äußerten Studierende aus Marburg, Gießen und Wiesbaden ihren Unmut in Form einer symbolischen Protestaktion vor dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst, was auch schon in den Fernsehprogrammen Sat1 und HR3 gesehen werden konnte. Unter anderem sei der Krefelder Aufruf überreicht worden.

Zum Schluss gibt **Lena** den Aufruf an alle ParlamentarierInnen weiter, sich am 3.2. an der Demonstration in Mannheim zu beteiligen, die als eine von vier bundesweiten Demonstrationen stattfinden wird.

TOP 4 [Stellungnahme zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe]

Hanna Tuszyński, 2. AStA-Vorsitzende, macht eine formale Anmerkung zu den Anträgen des AStA. Fälschlicherweise seien die Anträge mit Resolution des AStA anstatt Antrag für eine Resolution des Studierendenparlaments überschrieben. Hanna stellt den Antrag des AStA Marburg für eine Resolution des StuPa vor.

Der Antrag lautet:

Antrag des AStA Marburg für eine Resolution des StuPa

Die generelle Einführung von Studiengebühren steht unmittelbar auf der politischen Tagesordnung. Das kommt einem historischen Einschnitt gleich. In letzter Konsequenz würden wesentliche Ergebnisse der Bildungsreformperiode revidiert und der soziale Grundkonsens in der Bildungspolitik endgültig aufgekündigt. Wir stellen fest: Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

1. Studiengebühren befördern die Privatisierung sozialer Risiken. Bildung wird nicht mehr als ein öffentliches Gut gesehen, dessen Nutzung als allgemeines Recht gilt, sondern als zu erwerbende und zu bezahlende Dienstleistung, mit der jedeR einzelne in sein/ihr „Humankapital“ investiert. In diesem Sinne sind Studiengebühren integraler Bestandteil des neoliberalen Politikmodells, dessen Ziel es ist, außer Bildung auch z.B. Beschäftigung, Gesundheit, Altersvorsorge und andere gesellschaftliche Aufgaben auf den/die einzelne/n abzuwälzen.

2. Die sozialen Wirkungen und Steuerungseffekte von Studiengebühren sind gesellschaftlich schädlich. Studiengebühren fördern ein antisoziales und entsolidarisierendes persönliches Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems. Sogenannte „bildungsferne“ Schichten werden noch stärker von weiterführender Bildung abgeschreckt.

3. „Sozialverträgliche“ Studiengebühren kann es nicht geben! Das ist ein Widerspruch in sich. Jede Verkoppelung von Bildungschancen mit der - strukturell ungleichen - privaten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung. Dieser Ausgangslage kann auch kein noch so ausgefeiltes Darlehenssystem entgegenwirken, wie die Entwicklung des BAföG anschaulich zeigt. Studiengebühren verschärfen daher die

soziale Selektionswirkung des Bildungssystems - und verschleiern zugleich die politische Verantwortung dafür.

4. Die Behauptung, Studiengebühren würden die Entscheidungsposition von Studierenden innerhalb der Institution Hochschule stärken, ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Studiengebühren ersetzen Rechts-, Beteiligungs- und Mitwirkungsansprüche durch ein privates Marktverhältnis zwischen Verkäufern und Kunden. Die neue „Freiheit“ der Studierenden wäre daher lediglich negativer Natur. Sie würde sich auf die Möglichkeit beschränken, zwischen Angeboten wählen zu können, auf deren Zustandekommen sie nicht den geringsten Einfluß haben.

Deswegen fordern wir:

-die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit für alle weiterführenden Bildungswege. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ablehnung der direkten Erhebung von Studiengebühren, sondern auch auf alle Modelle von Bildungsgutscheinen und privatem Bildungssparen;

-das eindeutige bundesweite Verbot von Studiengebühren, ergänzt durch Gebührenverbote in den Länderhochschulgesetzen. Dieses Verbot muss sich auch auf Verwaltungs-, Zweitstudiums-, Aufbau-/Ergänzungs-/Erweiterungsstudiums-, Langzeitstudiums- und Promotionsstudiumsgebühren erstrecken;

-die grundsätzliche Gleichstellung und gegenseitige Durchlässigkeit allgemeiner, sog. beruflicher und akademischer Bildungswege. Dies erfordert etwa die Abschaffung von privaten Gebühren für Ganztagsberufsschulen und MeisterInnenausbildung.

Matthias Altfelder (Juso HSG) merkt an, dass seiner Meinung nach die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft in den Anträgen zu kurz komme, denn über diese sei schließlich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch entschieden worden.

Ortrun Brand stimmt Matthias zu und sagt, dass eine weitere Resolution zu diesem Thema gestellt werden könne. Dies sei durchaus sehr sinnvoll.

Ortrun regt an, dies als einen Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung festzulegen.

Frank Hufnagl (RCDS) sagt, dass der RCDS das Urteil des BVerfG begrüße. Es fördere mehr Wettbewerb und übertrage den Ländern mehr Kompetenzen im Bildungsbereich, was wünschenswert sei. Trotzdem sei er zum kritischen Dialog bereit.

Volker Ostermeyer (LHG) hat eine Nachfrage zu Punkt 4 des Antrags, den er nicht verstehe. Es hätte keine Veränderungen gegeben.

Volker Hinck (Gruppe dissident) erläutert, dass der KundInnenstatus der den Studierenden zukomme verstärkt wird. Studierende sollten Einfluss auf ihre Studienbedingungen haben, genauso wie auch ArbeitnehmerInnen Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen haben.

Christian Schlag (Fachkraft) sagt er unterstütze die Beibehaltung dieses Punktes, aber evtl. könne er umformuliert werden.

Der 35. Parlamentarier erscheint um 20:42

Thorsten Engelen (RCDS) vertritt die Auffassung, dass das Papier insgesamt falsche Wertungen habe. Den Punkt 3., indem es heißt: "Sozialverträgliche Studiengebühren kann es nicht geben", halte er für falsch. Außerdem sei es richtig, wenn der Bund die Länderkompetenzen nicht beschneiden dürfe.

Johannes Lörcher (Grüne HSG) fragt, ob jemand den Begriff Humankapital erläutern könne, denn eine Argumentation mit diesem Begriff könne er nicht nachvollziehen.

Jan Patrick Behrend (Juso HSG) sagt, dass Hochschulpolitik im Kompetenzbereich der Länder liege. Die schon bestehende Studiengebührenpraxis führe zu sozialen

Verschlechterungen und unsolidarischen Belastungen der Studierenden.
Darüberhinaus sei der Bund in einer gewissen Verantwortung die Verfasste Studierendenschaft als studentisches Mitbestimmungsgremium zu erhalten. Eine Verherrlichung der Studiengebührendynamik wie sie der RCDS betreibe lehne er ab, und er freue sich darüber, dass die Mehrheitsverhältnisse im Stupa klar gegen Studiengebühren gelagert seien.

Volker Hinck sagt, dass das Bundesverfassungsgericht in der Urteilsverkündung von dem Betrag von 500 Euro als Einstieg in Studiengebühren ausgehe. Er glaube, dass die unionsgeführten Länder Studiengebühren einführen werden, da es in den Ländern schon Pläne gebe, um dies zu tun. Er meint, dass auch nicht-unionsgeführte Länder sich anschließen werden. Außerdem sei es inhaltlich falsch zu sagen, dass der Bund keine Kompetenzen habe.

Matthias Altfelder sagt, dass das Bundesverfassungsgericht betont habe, dass dezentrale Regelungen bezüglich Studiengebühren problematisch sind. Falls dies der Fall sein sollte, könne der Bund noch eingreifen.

Es wird über den Antrag abgestimmt.

26 Ja 6 Nein 3 Enthaltungen

Ein Parlamentarier ist nicht im Raum.

Der Antrag ist **angenommen**.

TOP 5 [Studentischer Wahlausschuss]

Anne sagt, dass bereits in der letzten Stupa-Sitzung daran erinnert worden sei, dass die fünf größten Listen (d.h. Grünen, RCDS, Juso HSG, Fachkraft, LHG) einen studentischen VertreterIn für den Wahlausschuss benennen müssen.

Folgende Namen werden genannt:

Juko Marc Lucas für Fachkraft

Ortrun Brand für die Grüne HSG

Sven Ganther für die Juso HSG

LHG und RCDS betonen, dass sie ihre Entscheidung fristgerecht mitteilen werden.

TOP 6 [Bericht:Neues aus dem Studierendenwerk]

Florian Riewe erzählt über seine Amtszeit.

Bericht siehe **[Anlage1]**.

Der 36. Parlamentarier erscheint um 21:00 Uhr.

Nach seinem Vortrag beantwortet Florian Nachfragen der ParlamentarierInnen.

TOP 7[Antrag zu Mittelkürzungen im Studierendenwerk]

Matthias Altfelder (Juso HSG) begründet den Antrag der Juso HSG bezüglich der Kürzungen des Studierendenwerks. In seiner Begründung bezieht er sich auf die Probleme, die **Florian Riewe** in seinem Bericht vorgetragen hat.

Der Antrag lautet:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Uni Marburg wehrt sich entschieden gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Kürzung der Mittel der hessischen Studierendenwerke. Wir fordern die Landesregierung und die im Landtag befindlichen Fraktionen auf, diese Kürzung nicht zu vollziehen. Weiterhin bitten wir den Senat und das erweiterte Präsidium der Philipps-Universität sich gegen die Mittelkürzungen öffentlich stark zu machen.

ÄA1: Andreas Müller (Fachkraft) stellt den Änderungsantrag, dass in der zweiten Zeile an das Wort beabsichtigte noch ein "n" angefügt wird und an das Wort Kürzung ein "en", sowie in in der vorletzten Zeile an Mittelkürzung ein "en" anzufügen.

Der Antragsteller übernimmt diesen Änderungsantrag.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 8. [Wahl einer/s studentischen Vertreter/in im Studierendenwerksvorstand]

Anne fragt, ob es KandidatInnenvorschläge gebe.

Julia Bauer (Grüne HSG) schlägt **Marcel Hennes (Fachkraft)** vor. **Marcel** nimmt die Kandidatur an.

Anne fragt, ob es Fragen an den Kandidaten gebe.

Volker Ostermeyer (LHG) fragt, ob Marcel genug Zeit habe und ob er sich für diese Funktion für qualifiziert halte.

Marcel bejaht dies und fügt hinzu, dass ihn unter anderem sein soziales Interesse an den Studierenden qualifiziere.

Wahl:

36 abgegebene Stimmen

Marcel Hennes 19 **Ja**

9 **Nein**

5 **Enthaltungen**

3 **Ungültig**

Die benötigte Mehrheit von 21 Stimmen wurde damit nicht erreicht.

Um 21:31 wird ein **GO-Antrag von Ortrun Brand** auf Sitzungsunterbrechung gestellt. Keine Gegenrede.

Die Sitzung wird um 21:39 fortgeführt.

Anne eröffnet die KandidatInnenliste neu.

Um 21:40 wird ein **GO-Antrag von Ortrun** auf Vertagung der Wahl gestellt. Keine Gegenrede.

TOP 7. [Ein-Euro-Jobs an der Uni]

Holger Kindler (Linke Bündnisliste) begründet den Antrag zu einer Stupa-Resolution zu Ein-Euro-Jobs an der Philipps-Universität Marburg in Vertretung der SozialreferentInnen.

21:42 3 ParlamentarierInnen tragen sich aus.

Der Antrag lautet:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament protestiert gegen die Einrichtung von so genannten Ein-Euro-Jobs an der Uni Marburg, im StudentInnenwerk Marburg und im Klinikum. Durch Ein-Euro-Jobs werden, obwohl durch die Pläne der Bundesregierung angeblich anders beabsichtigt, weitere reguläre Arbeitsplätze abgebaut. Die Annahme, dass die zum Arbeitsdienst Verpflichteten eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen, hat sich durch die Praxis an der Uni Marburg als falsch erwiesen. Im Gegenteil: Es werden z.T. Ein-Euro-Jobs da eingerichtet, wo zuvor Arbeitsverträge ausgelaufen sind. Es ist weiterhin abzusehen, dass durch die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs in erster Linie die Arbeit der Studentischen Beschäftigten von zwangsverpflichteten Erwerbslosen übernommen wird. Die Uni Marburg beteiligt sich mit den existierenden Ein-Euro-Jobs daran, das Lohnniveau zu drücken und die Beschäftigten, v.a. diejenigen mit befristeten Verträgen, zu verunsichern. Deswegen fordert das Studierendenparlament die Universität, das StudentInnenwerk und das Klinikum auf, keine weiteren Ein-Euro-Jobs einzurichten und die bestehende Zwangsarbeitsdienste nicht zu verlängern.

Begründung: Eine Senatsanfrage hat bestätigt, dass an der Uni Marburg bereits über 20 Ein-Euro-Jobs eingerichtet worden sind. Der weiteren Verbreitung dieser neuen Form von Arbeitszwang muss auch an der Hochschule entgegengetreten werden. In mindestens einem Fall kann nachgewiesen werden, dass die Stelle einer Studentischen Beschäftigten

durch einen Ein-Euro-Job ersetzt wurde. Bei anderen Ein-Euro-Jobs an der Uni Marburg ist offensichtlich, dass auch diese nicht zusätzlich eingerichtet worden sind. Es muss deutlich werden, dass mit diesen Maßnahmen das Lohndumping auch an der Hochschule fortgeführt wird und ein staatliches Zwangssystem in Form eines neuen Arbeitsdienstes gestützt wird. Der AstA als Personalvertretung der studentischen Beschäftigten an der Hochschule kann insbesondere nicht tatenlos zuschauen, wie die Verdienstmöglichkeiten von Studentinnen und Studenten weiter verringert werden.

Bianca Schickling (RCDS) sagt, dass der RCDS Ein-Euro-Jobs als Maßnahme der Arbeitsförderung und nicht als Zwangsarbeit ansehe.

Volker Ostermeyer fragt inwiefern das Lohnniveau durch Ein-Euro-Jobs gedrückt werden könne und inwiefern dies geschehe. Soviel er wüsste, seien Löhne für Studentische Beschäftigte tariflich geregelt.

Holger antwortet, dass durch solche Niedriglöhne das allgemeine Tarifniveau gedrückt werde.

Volker Hinck stellt folgenden Änderungsantrag:

ÄA1: (2. Absatz, Zeile 4): Das Wort "Zwangsarbeitsdienste" in "Zwangsdienste" ändern.

Begründung: Der Begriff "Zwangsarbeit" ist in der historischen Form im Nationalsozialismus anders ausgefüllt als die Form des Arbeitszwangs in Hartz IV.

Der Antragssteller übernimmt diesen Änderungsantrag.

Volker Ostermeyer hat eine grundsätzliche Frage, ob in dem Antrag die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung oder die Praxis der Philipps-Universität Marburg kritisiert werden würden.

Holger betont, dass das Argument der Zusätzlichkeit ein fadenscheiniges Argument sei.

Volker Ostermeyer sagt, dass er das Vorgehen der Universität nicht für verwerflich halte.

Holger spricht sich für eine generelle Ablehnung der Ein-Euro-Jobs an der Universität aus.

Volker Hinck sagt der Antrag zielt nicht nur auf die Ablehnung von Ein-Euro-Jobs, sondern gegen den Druck, der generell auf Erwerbslose ausgeübt werde.

Christian Schlag unterstützt diese Aussage.

Matthias Altfelder fragt, ob es schon Ein-Euro-Jobs an der Uni gäbe, denn sie hätten bei einer diesbezüglichen Anfrage nichts herausfinden können.

Holger berichtet, dass bereits zahlreiche Ein-Euro-Jobs an der Philipps-Universität eingerichtet worden seien.

ÄA2 des RCDS gestellt von **Bianca Schickling**:

Änderung Nr.1:

"Es ist weiterhin abzusehen, dass durch die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs in erster Linie die Arbeit der studentischen Beschäftigten von Arbeitskräften in Ein-Euro-Jobs übernommen wird."

Änderung Nr.2 (Abs.1,2.Satz):

"Es kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass durch Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze für studentische Hilfskräfte abgebaut werden."

Änderung Nr.3 (Abs.1,3.Satz):

"Die Annahme, dass die zu diesen Konditionen Beschäftigten"

Änderung Nr.4 (Abs.2, letzter Satz):

statt "Zwangsarbeitsdienste" "Ein-Euro-Jobs"

Begründung: Ein-Euro-Jobs stellen keine Zwangsarbeit dar.

Dieser Änderungsantrag wird vom Antragsteller nicht übernommen.

Abstimmung:

33 abgegebene Stimmen

6 Ja , 20 Nein, 7 Enthaltungen

ÄA2 abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag des AstA:

33 abgegebene Stimmen

21 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

Anne schlägt vor, den Rest der Tagesordnung zu vertagen und schließt die Sitzung um 21:58 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. Imke Dzewas

Vizepräsidentin des 40. Stupa

Für die Richtigkeit:

Anne Tittor

Präsidentin des 40. Stupa